

Presseinformation

Nr. 16/2011

Berlin/ Worms, 25.08.2011

Einseitige Informationen dienen mehr Eigeninteressen als der Aufklärung

Die Mitteilungen der Gesetzlichen Krankenkassen über die schlechte Qualität der Abrechnungen der Krankenhäuser und der Apotheken häufen sich. Es bleibt abzuwarten, wen sie demnächst an den Pranger stellen werden.

Nach Überzeugung des Präsidenten der Bürgerinitiative Gesundheit DGVP e.V., Wolfram – Arnim Candidus, versuchen die gesetzlichen Krankenkassen durch diese Form von Öffentlichkeitsarbeit, den Druck auf die Akteure der ambulanten und stationären Versorgung weiter zu erhöhen.

„Es gibt in allen Bereichen unserer Gesellschaft, bei allen Institutionen und Berufsgruppen schwarze Schafe, die sich nicht an die Regeln halten. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) schießt jedoch weit über das Ziel hinaus, wenn sie Leistungserbringer im großen Stil der Falschabrechnung, ja sogar des Abrechnungsbetruges bezichtigt. Dabei ist den Insidern im Gesundheitswesen doch hinlänglich bekannt, dass es beim Großteil der streitigen Krankenhausabrechnungen um Auseinandersetzungen über medizinische Fragen geht, die der Medizinische Dienst der Krankenkassen anders beurteilt als das Krankenhaus. Diese Fälle klärt man üblicherweise ohne jedes öffentliche Getöse zwischen den beteiligten Akteuren.

Zudem ist es oft so, dass Krankenkassen mit der Beanstandung von Krankenhausrechnungen ein probates Mittel zur Hand haben, sich einseitig „Lieferantenkredite“ zu verschaffen. Diesem Vorgehen kommt unter dem Blickwinkel der Vermeidung von Zusatzbeiträgen erhöhte Bedeutung zu.“

Die Bürger, die Versicherten und Patienten werden durch derartige Tatarenmeldungen verunsichert, was letztendlich zu einem Vertrauensverlust zwischen ihnen und ihrem Mediziner, ihrem Krankenhaus und ihrer Apotheke führt, so Candidus weiter. „Genau das brauchen wir in der angespannten Situation in der GKV aber nicht.“ Die Bürgerinitiative Gesundheit DGVP fordert die politischen Mandatsträger daher auf, mit dem Ziel auf den Spitzenverband Bund der Krankenkassen einzuwirken, seine überzogenen öffentlichen Angriffe auf das Abrechnungsverhalten von Leistungserbringern einzustellen.

Pressestelle Bürgerinitiative Gesundheit DGVP e.V.

Tel: 06247-904 499 7

Fax: 06247-904 499 9

presse@dgvp.de

www.dgvp.de

freigegeben zur Veröffentlichung